

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 45 | 11.11.2016

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 306/2016](#)

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, mit der die **Rinderkennzeichnungs-Verordnung 2008** geändert wird

[BGBl II 307/2016 \(Anhang\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft über Vermessungen und Pläne (**Vermessungsverordnung 2016** – VermV 2016)

[BGBl II 308/2016](#)

Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit und Frauen zur 1. Änderung der Verordnung über Schutz- und Tilgungsmaßnahmen zur Bekämpfung der Geflügelpest (**1. Änderung der Geflügelpest-Verordnung 2007**)

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 282 v 19.10.2016, 1](#)

Richtlinie (EU) 2016/1919 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 über **Prozesskostenhilfe** für Verdächtige und beschuldigte Personen in **Strafverfahren** sowie für gesuchte Personen in Verfahren zur Vollstreckung eines **Europäischen Haftbefehls**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

23.09.2016, [W I 6/2016](#)

BundespräsidentenwahlG; Zurückweisung eines Antrags auf **formelle Zustellung des Erkenntnisses des VfGH zur Bundespräsidentenstichwahl 2016** mangels Legitimation

23.09.2016, [E 439/2016](#)

BundesbehindertenG; Verletzung im Gleichheitsrecht durch Versagung der **Zusatzeintragung** „Unzumutbarkeit der Benützung öffentlicher Verkehrsmittel wegen dauerhafter Mobilitätseinschränkung aufgrund einer Behinderung“ **im Behindertenpass** wegen gehäufter Verkennung der Rechtslage

10.10.2016, [G 49/2016](#)

ArzneimittelG; **ApothekenG**; Zurückweisung des Individualantrags einer Drogeriemarktkette auf Aufhebung von Bestimmungen über den **Apothekenvorbehalt für nicht rezeptpflichtige Arzneimittel** wegen eines zu eng gefassten bzw fehlenden Aufhebungsantrags im Hinblick auf die vorgetragenen Bedenken

12.10.2016, [G 159/2016](#)

Tabak- und NichtraucherenschutzG; Abweisung des Individualantrags einer Tabakgroßhändlerin auf Aufhebung von Bestimmungen betreffend das **Verbot des Inverkehrbringens von Kautabak**; kein Verstoß gegen das Recht auf Freiheit der Erwerbsbetätigung im Hinblick auf das im öffentlichen Interesse liegende Ziel des Schutzes der menschlichen Gesundheit; kein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz; sachliche und verhältnismäßige Beschränkung der unternehmerischen Disposition durch die Übergangsvorschrift betreffend ein Abgabeverbot für Großhändler an Tabaktrafikanten

13.10.2016, [G 665/2015](#)

VfGG; keine Verfassungswidrigkeit der Regelung des VfGG über die **Unzulässigkeit eines Parteienantrags im Verfahren betreffend einstweilige Verfügungen** gemäß den Bestimmungen der EO; Zurückweisung des Parteienantrags

13.10.2016, [G 33/2016 ua](#)

StGB; Zurückweisung von Parteienträgen auf Aufhebung von Bestimmungen des StGB betreffend die **Anhaltung im Maßnahmenvollzug** als zu eng gefasst

13.10.2016, [G 36/2016](#)

StGB; Zurückweisung eines Parteienantrags auf Aufhebung von Bestimmungen des StGB betreffend die **Anhaltung im Maßnahmenvollzug** mangels Präjudizialität bzw wegen eines zu engen Anfechtungsumfanges angesichts der geltend gemachten Bedenken

14.10.2016, [G 45/2016](#)

Wr Verwaltungsgericht-DienstrechtsG; **Wr VerwaltungsgerichtsG**; Zurückweisung des durch einen Einzelrichter eingebrachten Antrags des Verwaltungsgerichtes Wien auf Aufhebung von Bestimmungen des Wr Verwaltungsgericht-DienstrechtsG betreffend **im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde zu besorgende Aufgaben** mangels Antragstellung durch ein legitimes Organ sowie wegen eines zu eng gewählten Anfechtungsumfanges; **Entscheidung des Verwaltungsgerichtes in dienstrechtlichen Angelegenheiten** auch über Beschwerden eines seiner Mitglieder gegen Bescheide des Magistrats der Stadt Wien durch einen Senat; daher nur zuständiger Senat antragslegitimiert

15.10.2016, [G 7/2016](#)

Ktn JagdG; keine Verfassungswidrigkeit des Ktn JagdG betreffend die **Verpflichtung von Eigentümern von Grundstücken, die Ausübung der Jagd auf ihrem Grundstück zu dulden**; kein unverhältnismäßiger Eingriff in das Eigentumsrechts eines Grundstückseigentümers; **spezifisches Interesse an einer flächendeckenden Jagdbewirtschaftung** in Österreich und im Besonderen in Kärnten aufgrund der hohen Wildbestände und der damit verbundenen erheblichen Gefahr für den Wald; Möglichkeit, die Jagd durch Umfriedung eines Grundstücks ruhend zu stellen

15.10.2016, [G 183/2016 ua](#)

GlücksspielG; **Stmk Glücksspielautomaten- und SpielapparateG**; Zurückweisung von Individualanträgen auf Aufhebung von Bestimmungen des GlücksspielG und des Stmk Glücksspielautomaten- und SpielapparateG 2014 wegen entschiedener Sache, eines zu eng gewählten Anfechtungsumfanges, fehlender Darlegung von Bedenken im Einzelnen, mangelnder Betroffenheit bzw eines zumutbaren anderen Weges

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

29.09.2016, [2013/07/0143](#); [2013/07/0144](#)

AbfallwirtschaftsG; bescheidmäßig angeordnete Schließung einer **Bodenaushubdeponie**; die Verpflichtung zur Erfüllung der in einem Genehmigungsbescheid erteilten Auflagen, Bedingungen oder Befristungen trifft den jeweiligen **Inhaber der Behandlungsanlage**; idS hat auch ein gem § 62 Abs 3 AbfallwirtschaftsG zu erlassender Bescheid (Vorschreibung geeigneter Maßnahmen) gegenüber dem jeweiligen Inhaber der Betriebsanlage zu ergehen; „Inhaber“ ist derjenige, der die Möglichkeit zur Umsetzung der vorgeschriebenen Maßnahmen hat, und zwar, weil er die Sachherrschaft über die Anlage ausübt und daher faktisch in der Lage ist, die Einhaltung der vorgeschriebenen Maßnahmen zu gewährleisten

29.09.2016, [2013/07/0152](#)

WasserrechtsG; wasserrechtliche Bewilligung für die Errichtung eines **Hochwasserschutzprojekts** sowie für die Errichtung eines Geh- und Radwegs; keine „Beeinträchtigung fremder Rechte“; im Zusammenhang mit dem eingewendeten erhöhten Risiko im Hochwasserfall aufgrund der Verklausungsgefahr wird den auf sachverständiger Grundlage gegründeten Erwägungen der belangten Behörde nicht auf gleicher fachlicher Ebenen begegnet; keine mangelhafte Interessenabwägung im Zusammenhang mit der Enteignung von im Eigentum der Bf stehenden Teilflächen

29.09.2016, [2013/07/0229](#)

WasserrechtsG; **nachträgliche wasserrechtliche Bewilligung** einer von der ursprünglichen Genehmigung abweichenden Trassenführung einer Kanalanlage; liegt bereits eine zweckentsprechende Bewilligung vor, kann der Berechtigte, welcher vom Konsens abgewichen ist, nicht verlangen, dass für die von ihm wirklichte Variante eine nachträgliche wasserrechtliche Bewilligung erteilt wird, für die es einer **Zwangsmaßnahme gem § 63 lit b WasserrechtsG** bedarf; in einem solchen Fall fehlen nämlich zu erwartende „überwiegende Vorteile im allgemeinen Interesse“

29.09.2016, [2013/07/0239](#)

AbfallwirtschaftsG; bescheidmäßiger Auftrag gem § 62 Abs 3 AbfallwirtschaftsG zur Durchführung von Sanierungsmaßnahmen zur Stabilisierung eines abgerutschten Hangs; **Ersatzvornahme mangels Durchführung der Sanierungsmaßnahmen**; Aufhebung des Bescheids betreffend den Auftrag zur Durchführung der Sanierungsmaßnahmen durch die Berufsbehörde; **Aberkennung der aufschiebende Wirkung**; keine Rechtswidrigkeit der zum Zeitpunkt der Aufhebung bereits ausgeführten und in weiterer Folge gegenüber den Bf rechtskräftig gewordenen Ersatzvornahme

29.09.2016, [2013/07/0278](#)

WasserrechtsG; wasserrechtliche Bewilligung für die **Errichtung und den Betrieb einer Wasserkraftanlage mit Fischwanderhilfe**; Abweisung der dagegen erhobenen Berufung; kein Verstoß gegen **Art 47 GRC** mangels Unionsrechtsbezug des Sachverhalts; keinerlei Zusammenhang der dem Bescheid zugrunde gelegten Bestimmungen des WasserrechtsG mit der Umsetzung unionsrechtlicher Vorgaben; Tribunalqualität des VwGH; Erlöschen des eingeräumten **Wasserbenutzungsrechts** des Bf wegen Wegfall des Zwecks der Anlage

29.09.2016, [2013/07/0299](#)

WasserrechtsG; wasserrechtliche Bewilligung für die Errichtung einer Kompostieranlage; unterschiedliche Beurteilung der Frage hinsichtlich einer **Veränderung des Hochwasserabflusses** durch die beigezogenen Amts-SV; keine ausreichende Auseinandersetzung der belangten Behörde mit den **einander widersprechenden Gutachten**

29.09.2016, [Ra 2016/07/0052](#)

WasserrechtsG; nachträgliche wasserrechtliche Bewilligung einer Änderung der Leitungsführung einer Wasserversorgungsanlage; Aufhebung des Bescheids durch das LVwG; bindende Rechtsansichten im **Kollaudierungsverfahren nach § 121 WasserrechtsG** erstrecken ihre Wirkung nur auf das fortgesetzte Kollaudierungsverfahren (ggst nach § 121 Abs 1 dritter Satz leg cit); auf ein wasserrechtliches Bewilligungsverfahren außerhalb eines Verfahrens nach § 121 Abs 1 dritter Satz WasserrechtsG erstreckt sich die **Bindungswirkung** ggst daher nicht; das LVwG hätte daher die Aufhebung nicht allein mit der Bindung an die im dortigen Verfahren vertretene Rechtsansicht des BMLFUW begründen dürfen

29.09.2016, [Ro 2014/05/0086](#)

Oö BauO; Erteilung der Baubewilligung für die Errichtung eines Bürogebäudes samt einem 6,00 m bis 8,00 m breiten **befestigten Zufahrtsweg**; da sich die Zufahrt auf dem zu bebauenden Areal selbst befindet und Teil des Bauvorhabens ist, kommt den Rw als **Nachbarn ein Mitspracherecht hinsichtlich der durch den Fahrzeugverkehr** auf dieser ca 170 m langen Zufahrt **hervorgerufenen Immissionen** zu; fehlende Feststellung der belangten Behörde zu den voraussichtlichen Zahlen der Fahrzeugbewegungen im Hinblick auf das Ausmaß der Immissionsbelastung; bloßer Hinweis auf eine „allgemeine Lebenserfahrung“ keine tragfähige Grundlage

05.10.2016, [2013/06/0085](#)

NÖ StraßenG; straßenrechtliche Bewilligung für die Errichtung einer Anschlussstelle; ggst wurde der angefochtene Bescheid mit „NÖ Landesregierung Im Auftrag ...“ von einem beim Amt der NÖ LReg bediensteten Organ, nicht aber von dem Mitglied der LReg selbst, dem die vorliegende Angelegenheit zur selbständigen Erledigung zugewiesen wurde, gefertigt; aus dem Zusatz „Im Auftrag“ des angefochtenen Bescheides kann nicht geschlossen werden, dass die angefochtene Entscheidung nicht im Rahmen der **Zuständigkeit des Mitgliedes der LReg**, sondern im Rahmen der **Zuständigkeit des Kollegialorganes LReg** erlassen wurde; keine Zweifel an der vollen Unabhängigkeit der approbationsbefugten Sachbearbeiterin

05.10.2016, [Ro 2014/06/0062](#)

Oö StraßenG; Enteignung eines Grundstücks zur Verwirklichung eines Straßenbauvorhabens; ist im Rahmen der Herstellung einer Verkehrsfläche des Landes auch die **Änderung des Anschlusses einer Verkehrsfläche der Gemeinde** erforderlich, ist gem § 3 Abs 2 Oö StraßenG für die Durchführung des dbzgl notwendig werdenden **Enteignungsverfahrens** nicht die Bezirksverwaltungsbehörde, sondern ebenfalls die **LReg zuständig**; die vom ggst Enteignungsverfahren betroffenen Grundstücksflächen des Rw sind projektgemäß keine Anschlussflächen, weshalb für das Enteignungsverfahren entgegen dem Vorbringen des Rw die BH zuständig war

11.10.2016, [Ra 2016/11/0113](#)

KraftfahrG; FührerscheinG; Entzug der Lenkberechtigung für die Dauer der gesundheitlichen Nichteignung; eine **Entziehung der Lenkberechtigung aufgrund einer psychischen Krankheit oder Behinderung** kommt nur in Betracht, wenn das einzuholende amtsärztliche Gutachten mängelfrei darlegt, dass das festgestellte Zustandsbild der betreffenden Person einen Einfluss auf das Fahrverhalten im öffentlichen Straßenverkehr erwarten lässt; mangelnde auf eine fachärztliche Stellungnahme gegründete Feststellungen des VwG, denen zufolge der – unbehandelte – Zustand der Rw aufgrund seiner Eigenart einen nachteiligen Einfluss auf das Fahrverhalten erwarten lässt

11.10.2016, [Ro 2014/11/0056](#)

Sbg KrankenanstaltenG; bescheidmäßige Feststellung, dass kein Bedarf an der seitens der Rw geplanten **Krankenanstalt** besteht; durch einen rechtskräftigen Bescheid nach § 10a Sbg KrankenanstaltenG wird das **Bestehen eines Bedarfs** bindend festgelegt; ein solcher **Feststellungsbescheid** entfaltet aber **keine „Sperrwirkung“** zu Lasten anderer auf den Markt treten wollender Anbieter idS, dass das in Aussicht genommene, aber noch nicht verwirklichte Leistungsangebot schon dem für die Beurteilung der Bedarfsfrage grundsätzlich maßgeblichen „bestehende(n) Versorgungsangebot“ idS § 7 Abs 2 leg cit hinzuzurechnen wäre

14.10.2016, [Ro 2014/17/0047](#)

GlücksspielG; Abweisung einer Berufung gegen die **Einziehung eines Glücksspielgeräts**; die belangte Behörde traf trotz eines entsprechenden Berufungsvorbringens **keine Feststellungen zur Unionsrechtswidrigkeit des GlücksspielG**; damit belastete sie den angefochtenen Bescheid mit inhaltlicher Rechtswidrigkeit; zudem fehlende Feststellungen zu der in der Berufung behaupteten **Möglichkeit von Serienspielen**

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 11.10.2016, [W128 2117806-1](#)

UniversitätsG; **Bundes-GleichbehandlungsG**; Besetzung einer Professur an der JKU Linz; eine **Verletzung des Frauenförderungsgebots** (§ 41 UG; § § 11 Bundes-GleichbehandlungsG) ist nicht als Diskriminierung zu qualifizieren; wegen einer solchen Verletzung kann **keine Beschwerde bei der Schiedskommission** erhoben werden; dies ändert nichts an der Rechtswidrigkeit solcher Maßnahmen; der Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen kann dbzgl auch ein Gutachten bei der Bundes-Gleichbehandlungskommission einholen und das Organ, das eine solche Maßnahme gesetzt hat, ist dienst- und disziplinarrechtlich zur Verantwortung zu ziehen

LVwG Oö 21.10.2016, [LVwG-550190](#)

EmissionszertifikateG; Zuteilung eines bestimmten Quantum an **kostenlosen Emissionszertifikaten**; Feststellung des EuGH, dass Art 4 und Anh II des Beschlusses der Kommission über nationale Umsetzungsmaßnahmen für die übergangsweise kostenlose Zuteilung von Treibhausemissionszertifikaten, 2013/448/EU, ungültig sind (EuGH 28.4.2016, C-191/14); da die belangte Behörde ihre Entscheidung auf derzeit noch geltende Bestimmungen – nämlich § 24 EmissionszertifikateG iVm der KorrekturfaktorenVO BGBl II 379/2013 – gestützt hat, war die Beschwerde abzuweisen

LVwG Oö 24.10.2016, [LVwG-250088](#)

Oö Auskunfts-, Datenschutz- u InformationsweiterverwendungsG; Antrag auf **Auskunftserteilung**; die Erteilung einer Antwort auf Fragen wie „Wie wird in der Satzung ein Genossenschaftsanteil definiert?“, „Wie hat die Beschlussfassung in der Genossenschaft zu erfolgen?“ und „Stehen § 10 Abs. 1 und § 10 Abs. 4 der Satzung zueinander im Widerspruch und wenn ja, wie sind deren Inhalte in der Zusammenschau zu verstehen bzw. in Einklang zu bringen?“ ist, soweit diese nicht bloß auf die Mitteilung des Textes sondern auch darauf abzielen, die **Meinung der Behörde über die Auslegung der Satzung zu erkunden**, nach dem Oö Auskunfts-, Datenschutz- u InformationsweiterverwendungsG nicht zulässig

LVwG Oö 27.10.2016 [LVwG-000118](#)

Lebensmittelsicherheits- und VerbraucherschutzG; Verhängung einer Geldstrafe wegen Inverkehrbringens einer nicht mit den Bestimmungen der VO (EG) 1333/2008 im Einklang stehende Fleischzubereitung; die **Blankettstrafnorm des § 90 Abs 3 Z 1 Lebensmittelsicherheits- und VerbraucherschutzG** iVm Art 5 der VO (EG) 1333/2008 und Anh II zu dieser VO erfüllte zur Tatzeit nicht die **Anforderungen an die Klarheit einer Verbotsnorm iSd Art 7 EMRK**, weil danach eine exakte Grenzziehung zwischen „verarbeitetem Fleisch“ und „verarbeiteter Fleischzubereitung“ nicht möglich war; fehlt aber eine ausreichende Determinierung, dann mangelt es bereits an einem objektiven Straftatbestand

LVwG Oö 30.10.2016, [LVwG-050072](#)

ApothekenG; **nahezu zeitgleiche auf das ApothekenG gestützte Ansuchen um Erteilung einer Bewilligung zur Errichtung und zum Betrieb einer Apotheke**, die sich de facto auf ein und dasselbe Kundenpotential beziehen; verblieben im Falle der Genehmigung einer Apotheke weniger als 5500 zu versorgende Personen und hat die Behörde die entsprechenden Bewilligungsverfahren getrennt geführt und wurde gegen eine ein solches Verfahren abschließende Entscheidung eine Beschwerde an das VwG erhoben, hat das LVwG damit auch hinsichtlich der übrigen noch nicht rechtskräftig erledigten Ansuchen eine Sachentscheidung zu treffen hat – dies selbst dann, wenn in jenen Verfahren (noch) kein Rechtsmittel erhoben wurde; es kommt sohin in derartigen Konstellationen gleichsam zu einer **„ex-lege-Devolution der Zuständigkeit kraft sachlicher Konnexität“**, die ihre Grundlage im gemeinsamen Versorgungspotential mehrerer Apotheken hat; Unionsrechtswidrigkeit der Bestimmung des § 10 Abs 2 Z 3 ApothekenG (EuGH 30.06.2016, C-634/15)

Hinweis: Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG

Oberösterreich (www.lvwg-ooe.gv.at) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ (www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at; seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

LVwG NÖ 28.09.2016, [LVwG-AV-175/001-2015](#)

ApothekenG; bei der **Bedarfsprüfung** sind – neben den persönlichen Voraussetzungen und dem Nachweis der Verfügungsbefugnis – lediglich die in § 10 Abs 2 Z 1 und 2 genannten Bedarfskriterien zu prüfen; die Anwendung des § 10 Abs 2 Z 3 ApothekenG, wonach kein Bedarf besteht, wenn die Zahl der von der Betriebsstätte einer der umliegenden bestehenden öffentlichen Apotheken aus weiterhin zu versorgenden Personen sich in Folge der Neuerrichtung verringert und weniger als 5500 betragen wird, ist unzulässig, da nach dem Urteil des EuGH vom 30.06.2016, C-634/15, eine **starre Grenze der Zahl der „weiterhin zu versorgenden Personen“** bei der Prüfung des Bedarfs an einer neu zu errichtenden öffentlichen Apotheke unionsrechtswidrig ist

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

08.11.2016, Rs C-554/14, *Ognyanov*

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen** – Rahmenbeschluss 2008/909/JI – Art 17 – Für die Vollstreckung einer Sanktion maßgebliches Recht – Auslegung einer nationalen Vorschrift des Vollstreckungsstaats, die eine **Verkürzung der Freiheitsstrafe** aufgrund der von der verurteilten Person während ihrer Haft im Ausstellungsstaat geleisteten Arbeit vorsieht – **Rechtswirkungen der Rahmenbeschlüsse** – Pflicht zur **unionsrechtskonformen Auslegung**

08.11.2016, Rs C-41/15, *Dowling ua*

Verordnung (EU) Nr 407/2010 – **Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus** – Durchführungsbeschluss 2011/77/EU – Finanzieller Beistand der Europäischen Union für Irland – **Rekapitalisierung der inländischen Banken** – Gesellschaftsrecht – Zweite Richtlinie 77/91/EWG – Art 8, 25 und 29 – Rekapitalisierung einer Bank durch gerichtliche Anordnung – **Erhöhung des Gesellschaftskapitals** ohne Beschluss der Hauptversammlung und ohne die ausgegebenen Aktien vorzugsweise den bisherigen Aktionären anzubieten – **Ausgabe neuer Aktien** zu einem **unter ihrem Nennbetrag** liegenden Betrag

08.11.2016, Rs C-43/15 P, *BSH / EUIPO*

Rechtsmittel – **Unionsmarke** – **Anmeldung der Bildmarke** mit den Wortbestandteilen ‚compressor technology‘ – Widerspruch des Inhabers der Wortmarken KOMPRESSOR PLUS und KOMPRESSOR – Teilweise Zurückweisung der Anmeldung – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Art 60 – Verordnung (EG) Nr 216/96 – Art 8 Abs 3 – ‚Anschlussbeschwerde‘ – Verordnung (EG) Nr 40/94 – Art 8 Abs 1 Buchst b – **Schwache Unterscheidungskraft** der älteren nationalen Marken – **Verwechslungsgefahr**

08.11.2016, Rs C-243/15, *Lesoochranárske zoskupenie VLK*

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – **Umwelt** – Richtlinie 92/43/EWG – Erhaltung der natürlichen Lebensräume – Art 6 Abs 3 – Übereinkommen von Århus – Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten – Art 6 und 9 – **Charta der Grundrechte der Europäischen Union** – Art 47 – Anspruch auf effektiven gerichtlichen Rechtsschutz – Vorhaben der Errichtung einer **Einzäunung** – **Schutzgebiet** Strážovské vrchy – Verwaltungsverfahren zur Genehmigung – Umweltschutzorganisation – Antrag auf Zuerkennung der Stellung eines **Verfahrensbeteiligten** – Zurückweisung – Gerichtliche Klage

09.11.2016, Rs C-448/14, *Davitas*

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – **Neuartige Lebensmittel** und neuartige Lebensmittelzutaten – Verordnung (EG) Nr 258/97 – Art 1 Abs 2 Buchst c – Begriff der Lebensmittel und Lebensmittelzutaten mit **neuer primärer Molekularstruktur**

[09.11.2016, Rs C-42/15, Home Credit Slovakia](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Richtlinie 2008/48/EG – **Verbraucherschutz** – **Verbraucherkredit** – Art 1, Art 3 Buchst m, Art 10 Abs 1 und 2, Art 22 Abs 1 und Art 23 – Auslegung der Begriffe „auf Papier“ und „ein anderer dauerhafter Datenträger“ – Vertrag mit Verweis auf ein anderes Dokument – **Schriftformerfordernis** im Sinne des nationalen Rechts – Angabe der erforderlichen Informationen durch einen Verweis auf objektive Parameter – In einem Kreditvertrag mit fester Laufzeit anzugebende Elemente – Folgen der fehlenden Angabe zwingender Informationen – **Verhältnismäßigkeit**

[09.11.2016, Rs C-149/15, Wathelet](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Richtlinie 1999/44/EG – **Verbrauchsgüterkauf** und Garantien für Verbrauchsgüter – Geltungsbereich – Begriff ‚Verkäufer‘ – Zwischenperson – Außergewöhnliche Umstände

[09.11.2016, Rs C-212/15, ENFI](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – **Justizielle Zusammenarbeit** in Zivilsachen – **Insolvenzverfahren** – Verordnung (EG) Nr 1346/2000 – Art 4 – Wirkungen des Rechts eines Mitgliedstaats auf Forderungen, die nicht Gegenstand des Insolvenzverfahrens waren – **Verwirkung** – Steuerliche Natur der Forderung – Keine Auswirkung – Art 15 – Begriff ‚anhängige Rechtsstreitigkeiten‘ – Vollstreckungsverfahren – Ausschluss

[10.11.2016, Rs C-449/14 P, DTS Distribuidora de Televisión Digital / Kommission](#)

Rechtsmittel – **Staatliche Beihilfen** – Beihilferegulierung zugunsten der **nationalen Rundfunk- und Fernsehanstalt** – Verpflichtungen aus einem **öffentlichen Auftrag** – Ausgleichszahlung – Art 106 Abs 2 AEUV – Beschluss, mit dem die Beihilferegulierung für **mit dem Binnenmarkt vereinbar** erklärt wird – Änderung der Finanzierungsweise – **Steuerliche Maßnahmen** – Abgabe der Betreiber von Bezahlfernsehangeboten – Beschluss, mit dem die geänderte Beihilferegulierung für mit dem Binnenmarkt vereinbar erklärt wird – Berücksichtigung der Finanzierungsweise – Vorliegen eines **zwingenden Verwendungszusammenhangs** zwischen der Abgabe und der Beihilferegulierung – Unmittelbarer Einfluss des Aufkommens der Abgabe auf den Umfang der Beihilfe – **Deckung der Nettokosten** für die Erfüllung des öffentlichen Auftrags – Wettbewerbsverhältnis zwischen dem Abgabenschuldner und dem Beihilfeempfänger – Verfälschung des nationalen Rechts

[10.11.2016, Rs C-504/14, Kommission / Griechenland](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Umwelt – **Naturschutz** – Richtlinie 92/43/EWG – Art 6 Abs 2 und 3 sowie Art 12 Abs 1 Buchst b und d – Wildlebende Tiere und Pflanzen – **Erhaltung der natürlichen Lebensräume** – Meeresschildkröte *Caretta caretta* – Schutz der Meeresschildkröten in der Bucht von Kyparissia – Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung ‚Dünen von Kyparissia‘ – **Artenschutz**

[10.11.2016, Rs C-30/15 P, Simba Toys / EUIPO](#)

Rechtsmittel – **Unionsmarke** – Dreidimensionale Marke in Form eines Würfels mit Seiten mit einer Gitterstruktur – **Antrag auf Nichtigerklärung** – Zurückweisung des Antrags auf Nichtigerklärung

[10.11.2016, Rs C-156/15, Private Equity Insurance Group](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Richtlinie 2002/47/EG – Geltungsbereich – Begriffe ‚**Finanzsicherheit**‘, ‚**maßgebliche Verbindlichkeiten**‘ und ‚**Bestellung**‘ einer Finanzsicherheit – Möglichkeit, eine Finanzsicherheit zu verwerten, auch wenn ein Insolvenzverfahren eröffnet wurde – Vertrag über ein **Girokonto** mit einer **Pfandrechtsklausel**

[10.11.2016, Rs C-174/15, Vereniging Openbare Bibliotheken](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Urheberrecht und verwandte Schutzrechte – **Vermiet- und Verleihrecht** an geschützten Werken – **Richtlinie 2006/115/EG** – Art 1 Abs 1 – Verleih von Vervielfältigungsstücken eines Werkes – Art 2 Abs 1 – Verleih von Gegenständen – Verleih einer digitalen Kopie eines Buches – **Öffentliche Bibliotheken**

[10.11.2016, Rs C-199/15, Ciclat](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Richtlinie 2004/18/EG – Art 45 – Art 49 und 56 AEUV – **Öffentliche Aufträge** – Voraussetzungen für den Ausschluss von einem Verfahren zur **Vergabe öffentlicher Bauaufträge, Lieferaufträge und Dienstleis-**

tungsaufträge – Verpflichtung zur Zahlung der **Sozialbeiträge** – Einheitliches Dokument über die ordnungsgemäße Erfüllung der Beitragsverpflichtungen – Beseitigung von Unregelmäßigkeiten

[10.11.2016, Rs C-297/15, Ferring Lægemidler](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Marken – Richtlinie 2008/95/EG – Art 7 Abs 2 – **Pharmazeutische Erzeugnisse** – Parallelimport – Abschottung der Märkte – **Erforderlichkeit des Umpackens** des mit der Marke versehenen Erzeugnisses – **Arzneimittel**, das vom Markeninhaber auf dem Exportmarkt und dem Importmarkt mit den gleichen Verpackungsarten vertrieben wird

[10.11.2016, Rs C-313/15, Eco-Emballages](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – **Umwelt** – Richtlinie 94/62/EG – Art 3 – **Verpackungen und Verpackungsabfälle** – Begriff – **Rollen, Röhren und Zylinder**, um die ein flexibles Material aufgespult ist („Rollenkerne“) – Richtlinie 2013/2/EU – Gültigkeit – Änderung der Liste von Verpackungsbeispielen in Anhang I der Richtlinie 94/62/EG durch die Europäische Kommission – Verknüpfung des Begriffs ‚Verpackungen‘ – Überschreitung der Durchführungsbefugnisse

[10.11.2016, Rs C-432/15, Baštová](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Steuerwesen – **Mehrwertsteuer** – Richtlinie 2006/112/EG – Art 2 Abs 1 Buchst c – Begriff ‚gegen Entgelt erbrachte Dienstleistungen‘ – Überlassung eines Pferdes durch einen Steuerpflichtigen an einen Veranstalter von Pferderennen – **Bewertung der Gegenleistung** – Recht auf Abzug der mit der Rennvorbereitung der Pferde des Steuerpflichtigen zusammenhängenden Aufwendungen – Allgemeine Aufwendungen, die mit der wirtschaftlichen Tätigkeit insgesamt zusammenhängen – Anhang III Nr 14 – **Ermäßigter Mehrwertsteuersatz** für die Überlassung von Sportanlagen – Anwendbarkeit auf den Betrieb eines Rennstalls – Aus einer Einzelleistung oder aus mehreren unabhängigen Leistungen bestehender Umsatz

[10.11.2016, Rs C-548/15, de Lange](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – **Sozialpolitik** – **Gleichbehandlungsgrundsatz** und **Verbot der Diskriminierung** wegen des **Alters** – Richtlinie 2000/78/EG – Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf – Art 2, 3 und 6 – Geltungsbereich – Ungleichbehandlung wegen des Alters – Nationale Vorschriften, die ab einem bestimmten Alter eine **Obergrenze für den Steuerabzug** von Ausbildungskosten vorsehen – Zugang zur **Berufsausbildung**

[10.11.2016, Rs C-452/16 PPU, Poltorak](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Eilvorabentscheidungsverfahren – **Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen** – **Europäischer Haftbefehl** – Rahmenbeschluss 2002/584/JI – Art 1 Abs 1 – Begriff ‚justizielle Entscheidung‘ – Art 6 Abs 1 – Begriff ‚**ausstellende Justizbehörde**‘ – Vom Rikspolisstyrelsen (Reichspolizeiamt, Schweden) zur Vollstreckung einer Freiheitsstrafe ausgestellter Europäischer Haftbefehl

[10.11.2016, Rs C-453/16 PPU, Özçelik](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Eilvorabentscheidungsverfahren – **Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen** – **Europäischer Haftbefehl** – Rahmenbeschluss 2002/584/JI – Art 8 Abs 1 Buchst c – Begriff ‚Haftbefehl‘ – Autonomer Begriff des Unionsrechts – Nationaler Haftbefehl, der zur Strafverfolgung von einer Polizeibehörde ausgestellt und von der Staatsanwaltschaft bestätigt wurde

[10.11.2016, Rs C-477/16 PPU, Kovalkovas](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Eilvorabentscheidungsverfahren – **Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen** – **Europäischer Haftbefehl** – Rahmenbeschluss 2002/584/JI – Art 1 Abs 1 – Begriff ‚justizielle Entscheidung‘ – Art 6 Abs 1 – Begriff ‚**ausstellende Justizbehörde**‘ – Vom Justizministerium der Republik Litauen zur Vollstreckung einer Freiheitsstrafe ausgestellter Europäischer Haftbefehl

B. SCHLUSSANTRÄGE

Keine Schlussanträge im Berichtszeitraum.

C. GERICHT

[09.11.2016, T-579/14, Birkenstock Sales / EUIPO \(Représentation d'un motif de lignes ondulées entrecroisées\)](#)

Unionsmarke – Internationale Registrierung mit Benennung der Europäischen Union – **Bildmarke**, die ein Muster aus sich kreuzenden Wellenlinien darstellt – **Absolutes Eintragungshindernis** – Unterscheidungskraft – Art 7 Abs 1 Buchst b der Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Oberflächenmuster – Aufbringung eines Oberflächenmusters auf der Verpackung einer Ware

[09.11.2016, T-184/15, Trivisio Prototyping / Kommission](#)

Zuschuss – Sechstes **Rahmenprogramm** im Bereich der **Forschung**, technologischen Entwicklung und Demonstration – Verträge über die Projekte ULTRA, CInSPACE und IMPROVE – Teilweise **Umdeutung der Klage** – Beschluss, der einen vollstreckbaren Titel darstellt – Art 299 AEUV – **Schiedsklausel** – Erstattungsfähige Kosten – Rückerstattung ausgezahlter Beträge

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

08.11.2016, Beschwerde Nr. [18030/11](#), *Magyar Helsinki Bizottság / Ungarn*

Verletzung von **Art 10 EMRK** (Recht auf freie Meinungsäußerung); **Weigerung**, der bf **NGO** (mit dem Ziel der Überwachung der Implementierung internationaler menschenrechtlicher Instrumente in Ungarn) Zugang zu **Informationen** über die von der Behörde seit 2008 eingesetzten **Pflichtverteidiger** zu gewährleisten, stellt eine Verletzung in ihrem Recht auf **Zugang zu Informationen** dar

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. Mag. Vaheen Said, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Wiss.-Mit. Mag. Sarah Heimpl, Wiss.-Mit. Benedikt Berger.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.